



Blick von der Königsberger Straße aus auf den ehemaligen Pionierübungsplatz. Auf diesem Grundstück soll ein neues Sanitätsversorgungszentrum für die Bundeswehr entstehen. Dafür müsste allerdings die Kasernenstraße (rechts) für die Allgemeinheit gesperrt werden. Bild: Götz

Kaserne visiert Großprojekt an

Die Kasernenstraße in der Stockerhut könnte demnächst für die Allgemeinheit nicht mehr nutzbar sein. Die Sperrung soll den Weg frei machen für den Neubau des Sanitätsversorgungszentrums der Ostmarkkaserne. Kosten: 4,3 Millionen Euro. Über den ersten Schritt dahin entscheidet der Stadtrat.

Weiden. (fku) Das Zentrum, in dem auch eine Oralchirurgie untergebracht sein soll, dient der medizinischen Versorgung der Angehörigen der Kaserne. Es soll, samt Parkplatz, auf dem ehemaligen Pionierübungsplatz entstehen, einem derzeit unbebauten Grundstück zwischen Kasernen-, Königsberger- und Stettiner Straße. Über das Vorhaben hatte die zuständige Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) die Stadt im

Dezember informiert. Der Grund gehört ohnehin zum militärischen Bereich, ist aber durch die Straße, die früher schon einmal für die Kaserne gesperrt war, vom Hauptareal getrennt.

Ziel der BImA ist es laut Vorlagebericht der Stadtverwaltung, das Versorgungszentrum in den militärischen Sicherheitsbereich zu integrieren. Dafür müsse die Umzäunung um das neue Versorgungszentrum erweitert werden. Das geht allerdings nur nach einer sogenannten Einziehung der Straße, die durch diesen Verwaltungsakt nicht mehr öffentlich würde.

Wirtschaft soll profitieren

So eine Einziehung ist zwar nichts Exotisches – es gab sie in Weiden beispielsweise 2012, als Bauscher die Fabrikstraße erwarb. Sie ist aber nur unter bestimmten Voraussetzungen möglich, etwa aus Gründen des öffentlichen Wohls. Eben damit argumentiert auch die BImA: Die örtliche Wirtschaft dürfte angesichts der ho-

hen Investitionssumme von dem Bauprojekt erheblich profitieren. Die Bundeswehr werde als Arbeitgeber gestärkt – weil der Standort Weiden zukunftsfähig werde und weil mit erhöhtem Personalbedarf auch im zivilen Bereich zu rechnen sei. Sollten sich im Zuge der Maßnahmen Altlasten im Boden finden, würde der Bund die Beseitigung finanzieren. Außerdem habe militärische Sicherheit an Bedeutung gewonnen, ihr Ausbau diene somit allen.

Auch für Busverkehr und Anwohner sieht die BImA keine Probleme. Tatsächlich nutzt bislang ein Schulbus die Kasernenstraße, der dann über die Stettiner Straße ausweichen müsste. Anlieger sind außerdem Camp Pitman und der Zoll. Zu ihren Grundstücken könnte der Anliegerverkehr von der Frauenrichter Straße aus allerdings frei bleiben, da die Umzäunung erst nördlich davon kommen soll.

Ob wirklich alles so glatt laufen würde, darüber ist allerdings noch nicht endgültig befunden. Zwar folgt

auch die Verwaltung in ihrem Vorlagebericht für die Stadtratssitzung am Montag, 25. Januar, den Argumenten der BImA. Aber auch, wenn das Gremium zustimmt, hätten anschließend Betroffene noch die Möglichkeit, Einwände zu erheben. Am Ende müsste erneut der Stadtrat oder der Bauausschuss abstimmen. In der Regel dauere so ein Verfahren ein halbes Jahr, berichtet Baudezernent Hansjörg Bohm.

700 Quadratmeter

Bei der Bundeswehr hoffen sie unterdessen auf einen reibungslosen Ablauf. Das bisher für die Sanitätsversorgung genutzte Gebäude auf dem Kasernengelände sei in die Jahre gekommen. Der Neubau – Grundfläche rund 700 Quadratmeter – sei der wirtschaftlich einzig vernünftige Weg, sagt Kasernenkommandant Major Eric Schröter. Optimal wäre aus seiner Sicht eine Inbetriebnahme bis Mitte, Ende 2019. „Wir wollen unseren Soldaten die bestmögliche medizinische Versorgung bieten.“